

man wird seinen Anschlag eine unbillige Forderung sein, die den Regimenter der ersten Regimenter in unzulässiger Weise abschwächen. Dagegen wurde General Kollat darauf hingewiesen, daß das sogenannte Wachregiment je lediglich aus abkommandierten Kompanien anderer Regimenter zusammengesetzt sei, also in Wirklichkeit ein über den Regimenter der ersten Regimenterzahl hinausgehendes Regiment gar nicht vorstelle. General Kollat verließ bei seiner Ansicht, weshalb die Auflösung des Wachregiments zur Vermeidung von Konflikten notwendig war. Es werde geplant, abwechselungsweise einzelne Kompanien für je zwei bis drei Monate nach Berlin zu kommandieren, ohne daß ein Regiment gebildet würde.

Die kommende Offensive des Proletariats.

London, 23. Juni. Wie „Morning Post“ aus Moskau meldet, ist in Moskau der dritte Kongreß der dritten Internationale eröffnet worden. Der augenblickliche Vorsitzende Einowjew erklärte Vertretern der ausländischen Presse, das Programm des Kongresses sei eine Offensive des Proletariats in naher Zukunft vor. Einer der wichtigsten Punkte des Programms sei die Zusammenstellung aller Kräfte auf die Propaganda und Revolutionstätigkeit im Osten. In einer vor Eröffnung des Kongresses gehaltenen Rede erklärte der Volkskommissar Krotki: Wir müssen mit dem revolutionären Geiste nicht nur den Westen bearbeiten, sondern auch den Osten und vor allem die östlichen Kolonien der Großmächte, auf die der Kapitalismus augenblicklich seine Hoffnungen baut. Wir haben unsere Illusionen bezüglich des unmittelbaren Ausbruches einer Weltrevolution begraben. Der kommende Kampf werde ein sehr blutiger sein. Die Frauen werden nicht die passive Rolle von Pflegerinnen und barmherzigen Schwestern übernehmen; sie werden mit den Männern in den ersten Reihen des Proletariats kämpfen.

Bürger-Protest gegen Scheidemann.

Kassel, 23. Juni. Gegen Scheidemann als Oberbürgermeister von Kassel protestiert beim Wiederherstellungsausschuß der Deutschen Nationalen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und des Zentrums von Kassel eine überaus große Versammlung gegen 10 000 Bürger. Der frühere Stadtverordnete und jetzige Präsident der Handelskammer, Bankier Pfeiffer, sprach gegen die augenblicklich dienstliche Art und Weise der Handhabung des Bürgermeisteramtes durch Scheidemann.

Amerikas Goldbesitz.

Paris, 23. Juni. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, nach den Erklärungen des Schatzamtes betrage der gesamte Goldbestand der Vereinigten Staaten in privater und öffentlicher Hand gegenwärtig annähernd 3 1/2 Milliarden Dollars. Das seien etwa zwei Drittel des gesamten Goldvorrats der Welt.

Der amerikanische Einspruch gegen die Dollarkontrollen.

Paris, 23. Juni. „New York Herald“ berichtet, daß der amerikanische Vertreter beim Wiederherstellungsausschuß dem Ausschuss einen der amerikanischen Regierung von den amerikanischen Banken zugewandenen Protest gegen die deutschen Reparationen in amerikanischen Devisen überreichte habe. Darin legen die Banken Beschwerde gegen eine Wiederholung einer solchen Zahlungsweise durch Deutschland ein, weil infolge der Dollarkontrollen durch Deutschland teilweise der Dollarkurs deparierte Schwankungen erlitten habe, daß die laufenden Kuroperationen unterbrochen werden müßten. In dieser Frage werde, wie das Blatt erzählt, der Wiederherstellungsausschuß Deutschland mitteilen, daß deutsche Zahlungen für die Zukunft direkt in Devisen an den Wiederherstellungsausschuß zu leisten sind, und daß diese Devisen von dem Wiederherstellungsausschuß Deutschland zu Tageskursen bei der Uebersetzung verrechnet werden sollen.

Amerikanische Volkswirtschaften.

Paris, 23. Juni. Nach einer Zusammenkunft aus Washington hat die Regierung eine Untersuchung über das geheimnisvolle Verschwinden zweier amerikanischer Schiffe im Atlantischen Ozean eingeleitet. Man neige zu der Annahme, daß die Rumpfschiffe gemauert, ihre Schiffe nach Russland gesteuert und sie den Volkswirtschaften ausgeliefert hätten.

Ein neuer russisch-japanischer Krieg.

Reval, 23. Juni. Tschitscherin hat den alliierten Mächten mitgeteilt, daß Russland in den Kriegszustand mit Japan eingetreten sei, weil dieses in Gemeinschaft mit den Gegenrevolutionären Teile Ost-Sibiriens festhalte.

München, 23. Juni. Im Geschäftsordnungsausschuß des Landtags wurde heute der Antrag der U. S. P. auf Postentlassung der Abgeordneten Toller, Kießlich, Eisenberger, Gausler, Dommeier und Schmidt mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien abgelehnt. Abg. Dr. Hilpert (Mitgl.) betonte dabei: der Landtag würde sich selbst aufgeben, wenn er diese Leute, die dem Parlament das Lebenslicht ausbläuen wollten, in die Möglichkeit versetzen würde, ihre verbrecherische Tätigkeit fortzusetzen. (1)

Haag, 23. Juni. Die britische Arbeiterpartei lehnte den Vorschlag an die kommunistische Internationale mit 3 900 000 gegen 224 000 Stimmen ab.

„Arbeiter“ gegen Arbeiter.

Zum Sturm auf das Berliner Gewerkschaftshaus, der am Montag von einer kommunistischen Kugelgarde ausgeführt wurde, wird der „Täg. Arb.“ geschrieben:

„Ich habe in der Nähe des Gewerkschaftshauses einen der dorthin gerichteten Bälle beobachtet. Es mochten etwa 1000 Menschen gewesen sein. Die zweite Hälfte des Tages bestand aus lediglich laubere geübten Arbeitern, denen man kaum anmerken konnte, daß sie mit besonderer Leidenschaft bei der Sache waren. Aber vorn an der Spitze befand sich ein Stoßtrupp von etwa 100 Mann, die trotz meiner schmerzlichen Kriegserfahrungen den schrecklichen Eindruck auf mich gemacht haben, den ich jemals von einer Menschenmasse empfing. Man hatte sich offenbar planmäßig Leute aus dem Hof für Obdachlose und sogenannte Vandrücker, jedoch meist jugendliche, zusammengeführt und sie besterhaft aufzuput, um den Leuten das Grinsen zu überlassen. Die ganze dieser Leute waren absichtlich vermischt und wie vermischt, ihre Gesichter grau und wie mit Asche bestreut, Krugen und Halbteller leisteten und etwa vorhandene Borden waren nach innen eingeschlagen. Die meisten marschierten in den nassen Straßen barfuß, hatten aber die Stiefel zusammengebunden über der Schulter hängen. Das Publikum wurde von dieser johlenden Horde angegriffen, bedroht und bespuckt. Gerade den Menschen, die den Herrn solcher organisierten Bänden erregen und ihnen schuldig in die Hände fallen!“

Es ist natürlich, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von solchem Gesindel mit aller Entschiedenheit abruft. Mehrheitssozialisten und Unabhängige, „Vorwärts“ und „Freiheit“, sind sich in dieser Abwehr einig, bekämpfen gemeinsam den maßlos verlegenen Bericht der „Roten Fahne“ über die Vorgänge im Gewerkschaftshaus und charakterisieren den ganzen Vorgang als „Schurkenstück“. Der „Vorwärts“ spricht sogar von „ein paar Bestien“, die auf dem Kopf des Gewerkschaftsbeamten Sabath einschlugen, und daß die vorgeführte „junge Garde“ aus dem Hof für Obdachlose kam.“

Über die Notwendigkeit einer reinlichen Scheidung in der Arbeiterschaft — man spricht sogar von Bürgerkrieg — schreibt der „Vorwärts“:

Die Szenen, die sich gestern am Angelufer abspielten und ihre Behandlung durch ein angebliches „Arbeiterblatt“ sind die allergrößte Beschämung, die die deutsche Arbeiterbewegung jemals erlitten hat. Es kann keine geistige und sittliche Gemeinschaft geben zwischen dem Klassenbewußten Proletariat und den Anführern der „Roten Fahne.“

Und die „Freiheit“ schreibe: Die Berliner Arbeiterschaft darf aber nun nicht mehr ruhig zusehen, daß Leute, die mit ihnen nichts mehr gemein haben und durch ihre Auftreten nicht nur einzelne Personen und Gegenstände, sondern, was noch viel schlimmer ist, das Ansehen der Arbeiterbewegung gefährden und ihre moralische Kraft erschüttern, ungehindert Unheil anrichten können. Der Dreckhaufen der Arbeiter gegen die Arbeiter, der tätliche Kampf gegen die Gewerkschaften, ihre Einrichtungen und ihre Personen, den die Kommunisten proklamiert haben, der muß auf einen so fernen Wall stehen, daß selbst diesen engstirnigen Menschen die Erkenntnis ausbleibt, daß ein anständiger, Klassenbewußter Arbeiter keine Gemeinschaft mit ihnen haben kann.

Was sagen die sächsischen Minister, die von der Gnade der Kommunisten abhängen, was sagt insbesondere Herr Kießlich hierzu? Liebergen werden die Proteste des „Vorwärts“ und der „Freiheit“ nicht auf das Verständnis stoßen, das wünschenswert ist. Es wird nicht lange dauern, dann ist das gute Einvernehmen wieder hergestellt, wie es noch immer der Fall gewesen ist.

Derliche Angelegenheiten.

Wo bleib' ich Sachsen? Die demokratische Landtagsfraktion hat folgende Anfrage an die sächsische Regierung eingebracht: „Wie zuverlässig verläutet, ist zur Beratung und Begutachtung der neuen Steuerordnungen vom Reichsfinanzministerium ein fünfköpfiger Ausschuss der Finanzminister der deutschen Länder gebildet worden. In diesem Ausschuss ist von allen größeren deutschen Ländern nur Sachsen nicht vertreten. Welche Schritte hat die Regierung unternommen, um dieser Benachteiligung Sachsens, das als ausgeprägtes Industrie- und Bergbauland ein besonderes Interesse an einem Sitz in diesem Ausschuss hat, entschieden entgegenzutreten?“ — Es wird in Abgeordnetentreiben davon gesprochen, daß Finanzminister Hecht bereits auf der letzten Finanzkonferenz in Berlin gefordert habe, ja, daß er sogar die Teilnahme ausdrücklich abgelehnt hätte.

73 neue Beamte. Das Gesetz über die vorläufige Regelung des Staatsausbaues für das Rechnungsjahr 1921 sieht allein 73 neue Beamtenstellen vor. Die Stellen verteilen sich in der Hauptsache auf die staatlichen Betriebe, Forsten usw. und das Polizeipräsidium Dresden, aber auch die einzelnen Ministerien sind mit einer erheblichen Zahl vertreten. Bei aller Rücksichtnahme auf die fortschreitende Ausdehnung des Staatsunternehmens muß es doch Bedauern erregen, wenn von einer Regierung, die fortgesetzt vom Abbau der Verwaltung spricht und sich dazu eigens einen Sparkommissar verschreibt, immer wieder neue Beamtenstellen geschaffen werden, die eine jährliche Mehrausgabe von schätzungsweise 1 1/2 Mill. M. verursachen. Die im Interesse der Staatsfinanzen und auch der Beamten selbst liegende Verringerung des Verwaltungsapparates war der Zeitgedanke der Antikrisis des Finanzministers Hecht. Ein Vierteljahr später setzte er schon neue Beamtenstellen im Nachtrag für 1920 ein, jetzt bei den Voranordnungen für 1921 wiederum 73 Stellen! Im Widerspruch zu dieser Großzügigkeit in der Auslegung der eigenen Worte steht aber die Tatsache, daß Herr Hecht und seine Genossen im Landtage den Beamten das nicht zugestehen wollen, was dem Reichsbeamten zukommt. Die Abweisung der von einer bürgerlichen Majorität im Landtage beschlossenen Regelung der Rinderzulagen für die Beamten beweist das auch deutlich.

Freie Bahn usw. Aus juristischen Kreisen wird den „Dresdner Nachr.“ geschrieben:

„Jeder zwei Monate hat die sozialdemokratische Partei nach einem neuen Justizminister gesucht. Jetzt ist er gefunden. Man erwidert, daß es unter den gegen 1000 sächsischen Richtern einen einzigen gab, der im November 1918 zur Sozialdemokratie hinüber gewechselt war, einen jungen Landgerichtsrat in Leipzig. Durch seine Befreiungen als Richter ist er bisher nicht aufgefallen, woraus ihm bei seiner Jugend auch kein Vorwurf gemacht werden soll. Über Erfahrungen, die ihn als Beamten befähigten, das Amt eines Justizministers mit voller Beherrschung aller Gebiete der Rechtspflege selbständig zu verwalteten, kann er unmöglich nach so kurzer amtlicher Tätigkeit schon verfügen. Man könnte mon zur Rechtspflege der Berufung eines so jungen Beamten beim parlamentarischen Regime noch anführen, er habe sich im politischen Leben hervorgetan und dort seine Führerschaft darzulegen. Allein auch dies trifft nicht zu. Der junge Richter ist politisch noch nichts hervorgetreten, hat keinerlei parlamentarische oder sonst politische Erfahrungen. Trotzdem soll er jetzt Staats- und Justizminister werden. Der Grund zu seiner Berufung ist also ausschließlich seine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei. Ein Richter, und mag er noch so jung sein, wenn er zu dieser Partei übertritt, hat also lediglich auf Grund dieses politischen Gesinnungswechsels oder Bekenntnisses eine begründete Aussicht, Justizminister zu werden. Und da behauptet man noch, daß beim parlamentarischen System die Tüchtigsten, die Auslese der Nation, kraft ihrer Tätigkeit an die Spitze kämen.“

Kemper konnte die Sozialdemokratie ihr Unvermögen, die höchsten Staatsämter mit geeigneten Männern zu besetzen, wahrlich nicht offenbaren.“

Wirkung eines bürgerlichen Proletariats. Die sozialistisch-kommunistische Mehrheit des Reichsausschusses hatte die Forderung auf Befreiung der Arbeiter- und Beamten-Konsum- und Bauvereine von der Grundsteuer gestellt, worauf die Deutschen Nationalen und Deutsche Volksparteier unter Protest die Sitzung verlassen hatten. Nunmehr hat die sozialistische Regierung ihre Parteien um Annahme ihrer Entwürfe erlucht. Das ist noch zweifellos Verhandlungen auch gegeben.

In der Entlassung von Waldbardeltern hat die Deutsche Volkspartei folgenden Antrag an den Landtag gestellt: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die beschlossene Entlassung eines Teiles der in den staatlichen Forsten beschäftigten Waldbardeltern nicht zur Ausführung zu bringen.

Verletzung des Untermehrschusses von der Gewerkschaft. Im Rechtsausschuß des Landtages wurde bei der Beratung über die Gewerkschaften von allen Parteien übereinstimmend die Meinung vertreten, daß von dem im eigenen Betrieb tätigen Unternehmer oder selbständigen Handwerker ein Abzug als eigener Arbeitsverdienst bis zur Höhe von 24 000 Mark zugewiesen werden müsse. Eine Abminderung hierüber ist noch nicht erfolgt, sie wird aber sicherlich im bejahenden Sinne ausfallen.

Die vorläufige Einkommensteuer wird gestundet. Im Reichsausschuß wird folgende Verordnung des Reichsfinanzministers über die Stundung der vorläufigen Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 vom Arbeitslohn veranlassen. Nach § 48 des Einkommensteuergesetzes kann der Arbeitnehmer die in einer Steuerkarte und in den Steuerarten solcher Haushaltsangehörigen, deren Einkommen ihm zugerechnet ist, einbezogen und entwerteter Steuermarken unter Abgabe des entsprechenden Teiles der Steuerkarte auf die von ihm zu entrichtende Einkommensteuer an Zahlungsstatt hingelen. Ebenso können die vom Arbeitslohn einbehaltenen Beträge, die auf Grund der gemäß § 52 des Einkommensteuergesetzes vom Reichsminister der Finanzen erteilten Vorschriften unmittelbar an die Finanzkasse abgeliefert sind, auf die Einkommensteuer angerechnet werden. Durch die beschlossene Neuregelung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn wird hierin insoweit eine Änderung eintreten, als künftig die Einkommensteuer vom Arbeitslohn zum Teil nicht mehr voranzahlt wird, sondern als getilgt gelten soll, wenn der Lohnabzug vorübergehend bewirkt ist. Zur Vorbereitung dieser Neuregelung wird folgendes bestimmt: 1. Auch ohne daß es eines Antrags bedarf, wird die für das Rechnungsjahr 1921 geschuldete

vorläufige Einkommensteuer vom Arbeitslohn gestundet, und zwar a) wenn das Gesamteinkommen nur aus Arbeitslohn besteht und 24 000 Mark nicht übersteigt, in voller Höhe, b) wenn das Gesamteinkommen außer aus Arbeitslohn aus sonstigen Einkommen besteht, und 24 000 Mark nicht übersteigt, in Höhe des Betrages, der 10 vom Hundert des sonstigen Einkommens übersteigt, c) wenn das Gesamteinkommen 24 000 Mark übersteigt, in Höhe von 10 vom Hundert des Arbeitslohnes. Steuermarken, die für einen nach dem 31. März 1921 bezogenen Arbeitslohn in den Steuerarten einbezogen und entwertet sind, sind auf die für das Rechnungsjahr 1920 geschuldete endgültige und auf die für das Rechnungsjahr 1921 geschuldete vorläufige Einkommensteuer nicht mehr anzurechnen. Das gleiche gilt für die Beträge, die für einen nach dem 31. März 1921 bezogenen Arbeitslohn einbehalten und unmittelbar an die Finanzkasse überwiesen sind.

Öffentliche Sprechstellen in Läden und Gastwirtschaften. Die von der Reichstelegraphenverwaltung geplanten öffentlichen Sprechstellen in Läden und Gastwirtschaften sollen, wie amtlich mitgeteilt wird, keine Fernsprechautomaten erhalten, sondern wie die Sprechstellen anderer Teilnehmer betrieben werden. Die Inhaber übernehmen die Veranlassung, die Benutzung ihrer Sprechstellen jeder Mann zu gestatten und die Gebühren für die Fernsprecheinrichtung einzuzahlen. Von anderen Sprechstellen aus können diese Sprechstellen wie jede andere Teilnehmerstelle angerufen werden, ohne daß der Inhaber etwas zu zahlen hat. Die Einrichtungsgebühr, die Grundgebühr und der einmalige Fernsprechetrag werden von dem Inhaber der öffentlichen Sprechstellen nicht erhoben; sie haben aber die Gewähr, daß sie zu übernehmen, das heißt eine Einzahlung in Höhe der Grundgebühr und 10 M. monatlich für Gespräche aufkommen. Es ist anzunehmen, daß die Inhaber von Biergastwirtschaften, Gastwirtschaften usw., die gezwungen sind, für ihre Kundschaf Fernsprechanhänge zu halten, von der Übernahme solcher öffentlichen Fernsprechstellen gern Gebrauch machen werden, weil sie dadurch eigene Aufwendungen für einen Anschluß ersparen.

Die Hauptversammlung des Allgemeinen Deutschen Musikvereins in Nürnberg faßte eine Entschliessung, in der der Uebersetzung Ausdruck gegeben wird, daß das geistige Leben des deutschen Volkes verarmen und verfallen muß, sofern es nicht gelingt, die der ersten Kunstpflege dienenden, für die Volkstümlichkeit unentbehrlichen Anstalten, Unternehmungen und Vereine durch dauernde Bereitstellung der erforderlichen Mittel zu erhalten und den begabten schaffenden Musikern durch Ermöglichung der Verbreitung ihrer Werke (Drucklegung, Aufführung usw.) sowie durch geistliche Festlegung eines ausreichenden Anteils an materiellen Erträgen ihrer Werke eine angemessene Lebensführung zu sichern. Sie begrüßt deshalb die Bestrebungen der Gesellschaft Deutscher Tonkünstler, des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler und des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller, die auf eine Sicherstellung geistiger Arbeit im gebührenden Sinne hinarbeiten.

Der Verband Deutscher Orchester- und Chorleiter tagte in Nürnberg. An den Deutschen Städteort soll wegen Schaffung von sächsischen Musikdirektionen herangezogen werden.

Erleichterte Fahrgebühren für Touristenvereine. Das Ministerium d. J. hat für Mitglieder deutscher Touristenvereine eine Ermäßigung der Post- und Eisenbahnfahrkarten dahin eintreten lassen, daß während der Reisezeit Plätze mit höchstens dreimonatiger Gültigkeit für eine Reise in das Vorgebiet Deutschlands einschließlich Salzburg, Tirol und Vorarlberg, sowie nach dem Hochschonwaldischen Teile des Riesengebirges gegen eine Gebühr von 10 M. und der erforderliche deutsche Ausweisscheinvermerk, das kann, wenn es sich um einen Dauerfahrvermerk für mehrfache Grenzüberstreichungen auf dieser Reise handelt, gegen eine Schreibgebühr von höchstens 1 bis 2 M. ausgestellt werden. Ferner hat das Bundesministerium in Wien für Mitglieder des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins die österreichische Schinermerkergebühr auf die Hälfte ermäßigt. Bei Inanspruchnahme der Vergünstigungen ist die Mitgliedskarte vorzulegen.

Am 24. Juni. In der Nacht zum 24. d. M. sind zwei Schaulästen erbrochen worden. Aus dem einen, an der Bettlerstraße wurden fünf Perlenhalsketten und aus dem anderen an der Bahnhofstraße sechs Mannesuhren gestohlen. Der Dieb wurde von der Polizei auf dem Bahnhof festgenommen. Es ist der arbeits- und wohnungslose 21jährige Handarbeiter Kurt F. aus Crimmitschau. Er wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Am 24. Juni. Bedürftige Arbeiterrentenempfänger, die die einmalige Beihilfe noch nicht empfangen haben, können bis mit 18. Juli die verfallene Stellung eines Antrags auf eine solche Beihilfe nachholen. Diese ist persönlich im Fürsorgeamte, Stadthaus, Zimmer Nr. 6, anzubringen.

Schnitzberg, 24. Juni. Am 8. Juli (d. Sonntag nach Trinit.) nachm. 6 Uhr, findet auf dem kleinen Friedhof die diesjährige Ortserversammlung mit der 88. Sitzung statt.

Melken. Die hiesige freiwillige Feuerwehr, die das unbestrittene Erbhörerberecht unter den deutschen Feuerwehren besitzt, feiert am 16. und 17. Juli ihr 80. Stiftungsfest.

Neues aus aller Welt.

Schwerabstimmung über den Religionsunterricht. In der Stadt Hannover wurde kürzlich unter den Lehramt an den dortigen Volksschulen eine Abstimmung bezüglich des Religionsunterrichts veranstaltet. Dabei stellte sich das interessante Ergebnis heraus, daß von 375 abgegebenen Stimmen 3513 für Beibehaltung des Religionsunterrichts, nur 84 für Abschaffung und nur 67 für Einführung eines gesonderten Moralunterrichts waren.

Das Ende des Handels-Unterseeboots „Deutschland“. Das an Frankreich ausgelieferte Unterseeboot „Deutschland“, das als erstes Handels-Unterseeboot unter dem Kommando des Kapitäns König im Kriege den Atlantischen Ozean durchquerte, ist nunmehr zahllos unter dem Feuer französischer Schiffsboote untergegangen. Das berühmte Unterseeboot diente nämlich als Zielschiffe bei den französischen Flottenmanövern. Eine Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß die „Deutschland“ an der nämlichen Stelle unterging, wo so zahlreiche alliierte Schiffe durch deutsche Unterseeboote versenkt wurden.

20 000 Zuckerkarten gerettet. Auf die 57. Brotkommission im Nordosten Berlins wurde ein Raubüberfall verübt. Drei junge Leute, die mit einem Automobil vor dem Gebäude der Kommission vorgefahren waren, wurden maskiert mit vorgehaltenem Revolver in die Büroräume der Kommission ein und zwangen die Angestellten zur Herausgabe der eben eingetroffenen neuen Zuckerkarten. Die Täter führten mit ihrer Beute, etwa 20 000 Zuckerkarten, in dem Kraftwagen umgehend davon.

Aufhebung einer Geldscheindrucker. Der Photograph Otto Dunkel, der Schneidemeister Bollmann, der Dreher Richard Trippler, der Handelsmann Karl Göttinger und der Buchbinder Max Pöhlke in Magdeburg hatten sich zusammengeschlossen, um falsche 50-Mark-Scheine herzustellen. Alle Beteiligten wurden festgenommen, Presse, Platten und eine Anzahl fertiger Scheine wurden beschlagnahmt.

Die Kartenspieler im Erdbeben. Ein Besucher einer alten und lange nicht mehr benutzten Königsberger Bezugsbühne, die einst ein Parterre für sich und seine Familie hatte anlegen lassen, entdeckte eine Klausur, die über dem Erdbeben schwebte. Als er näher trat, bemerkte er zunächst in einer Ecke der Begegnung eine kleine Ofen, dessen Rohr ins Freie geführt war. In der Mitte des Raumes aber stand ein Tisch, an dem drei Männer saßen und Karten spielten. Die „Dienstreue“ Zeitung entwarf sich mit Recht über diese Betrübschheit. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt dagegen hierzu: Richtiger wäre ein Hinweis gewesen, daß die Wohnungsnot in Königsberg so groß ist, daß sie Leute dazu zwingt, sich in alten und halb verfallenen Erdbebenwohnungen wohnlich einzurichten. (Die Berlinerin wird immer hirschwächer. Die drei haben man noch nicht geübt, daß Statistiker keine Schritte gefunden hätten, ihre Kunst auszuüben. Es blieb dem „Weltblatt“ überlassen, das wohl auf dem Friedhof mit der Wohnungsnot in Zusammenhang zu bringen. C. B.)